



**DIE LINKE.**  
im Heilbronner Kreistag

**Johannes Müllerschön**

Mitglied im Kreistag

Alte Saline 1

74254 Offenau

Telefon 07136/4280

[johmuellerschoen@nexgo.de](mailto:johmuellerschoen@nexgo.de)

[www.kreistag.die-linke-heilbronn.de](http://www.kreistag.die-linke-heilbronn.de)

Möckmühl-Züttlingen 28.4.14

## ***Rede zu den TOP 2 und 3 auf der Kreistagssitzung in Möckmühl-Züttlingen*** (es gilt das gesprochene Wort)

### **Top 2 Änderungen der Hauptsatzung des Landkreises Heilbronn**

Sehr geehrter Herr Piepenburg,

sehr geehrte Damen und Herren

Nachdem ich bereits dem Vertagungsantrag der Grünen zugestimmt habe, wundert es Sie sicher nicht, dass ich für die LINKE die Änderung der Hauptsatzung ablehnen werde. Sie haben da ja einiges reingepackt in die Veränderungen, ich will mich da beispielhaft auf zwei Sachen konzentrieren.

1) Jugendhilfeausschuss

2) Mitbestimmung nach dem Landespersonalvertretungsgesetz

1) Zunächst möchte ich mich aber ausdrücklich beim Stadt- und Kreisjugendring Heilbronn bedanken, für seine kompetente und engagierte Stellungnahme zur Drucksache der Verwaltung. Ich finde es sehr unfair, dass die Verwaltung dieses Positionspapier nicht allen Entscheidungsträgern, das heißt allen Kreistagsmitgliedern zur Verfügung stellt. Bisher bin ich davon ausgegangen, dass es von Seiten der Verwaltung auch so was Ähnliches wie eine Verpflichtung gibt, unterschiedliche und strittige Positionen vor wichtigen Entscheidungen mitzuteilen. Ich teile die Position des Stadt- und Kreisjugendrings auch inhaltlich und bin ebenfalls gegen eine Herabstufung des Jugendhilfeausschusses von einem beschließenden zu einem beratenden Ausschuss.

Laut Drucksache geht auch der Deutsche Landkreistag von einer „erheblichen Besserstellung des Jugendhilfeausschusses gegenüber anderen Ausschüssen“ aus. Diese Besserstellung beruht auf der stimmberechtigten Beteiligung von zivilgesellschaftlichen Akteuren, von direkt Betroffenen und von sachkundigen Bürgerinnen und Bürger. DIE LINKE will auch im Heilbronner Kreistag solche guten Beteiligungsformen eher auch auf weitere Ausschüsse ausdehnen, statt sie per Beschluss wieder zu liquidieren.

So könnten wir uns ja vielleicht eine Kreisgesundheits AG sparen, wenn wir im, für Gesundheit zuständigen Sozialausschuss, auch kompetente zivilgesellschaftliche Akteure und direkt Betroffene und Beschäftigte aus dem Gesundheits- und Pflegebereich stimmberechtigt integrieren könnten.

Allerdings erinnere ich dabei an unsere Anregungen was die Zusammensetzung von paritätisch besetzter Fachkompetenz betrifft, die im letzten Sozialausschuss geführt wurde.

Die Argumentation der Verwaltung, es bestünden Interessenskonflikte zwischen Eigennutz und Gemeinwohlinteressen bei verschiedenen Organisationen im Jugendhilfeausschuss überzeugen uns LINKE nicht. Entweder, wenn an solchen Vorwürfen was dran ist, dann müssen sie konkretisiert werden. Wenn nichts dran ist, dann dürfen Sie auch nicht aufrechterhalten werden. Die bisherige Praxis im Jugendhilfeausschuss hat sich doch über viele Jahre als funktionales Forum zwischen öffentlicher Jugendhilfe (LK) und den vielfältigen freien Trägern nebst engagierten Einzelpersonen bestens bewährt - und zwar für alle BürgerInnen und deren Kinder im Landkreis HN.

Aus diesen sachlichen Gründen ist die LINKE für eine Beibehaltung des Jugendhilfeausschusses als beschließender Ausschuss.

2) Wenn ich die Drucksache richtig verstanden habe, dann will die Verwaltung „Entscheidungen im Einigungsstellenverfahren nach dem Landespersonalvertretungsgesetz“ nach neuer Satzung nur noch in den zuständigen Ausschüssen behandeln und nicht mehr im „Hauptorgan“. Begründet wird das damit, dass die Bedeutung von „Mitbestimmung und Mitwirkung nach dem Landespersonalvertretungsgesetz“ nicht so hoch wäre, dass eine Behandlung im Hauptorgan nötig sei. Das sehen wir als LINKE natürlich anders. Für uns hat Mitbestimmung natürlich eine sehr hohe Priorität, auch weil öffentliche Arbeitgeber unserer Auffassung nach am Arbeitsmarkt vorbildlich agieren sollen.

Wir LINKE wollen mehr Transparenz und Öffentlichkeit im Heilbronner Kreistag und weniger Verwaltungskungelei und Geheimniskrämerei. Wir wollen mehr und qualifiziertere Beteiligungsrechte der Bürger, deshalb sind wir gegen die von Verwaltung und Verwaltungsausschuss vorgeschlagenen Änderungen.

### **Top 3 SLK-Kliniken Heilbronn GmbH: Öffentlicher Auftrag (Betrauungsakt)**

Anrede

DIE LINKE im Heilbronner Kreistag lehnt den aktualisierten Betrauungsakt ab. Wir vertrauen keiner Service GmbH, die noch nicht einmal einen Tarifvertrag besitzt, um grundlegende Arbeitskonditionen zu regeln. Wir fordern die Verwaltung auf, zu prüfen ob die tariflose Service GmbH nicht einfach aufgelöst werden kann. Die Beschäftigten sollen dann entweder in die Klinik Löwenstein eGmbH, oder aber direkt in die SLK-Klinik GmbH übernommen werden. Nicht nur in Zeiten von Pflege- und Personalnotstand im Gesundheitswesen, ist Lohndumping und Unterbietung von tariflichen Standards das falsche Mittel, zur Organisation von qualifizierter und patientenfreundlicher Gesundheitsvorsorge. Den Hinweis auf die Arbeitsweise der Europäischen Union in diesem Zusammenhang halten wir für kontraproduktiv in Hinblick auf die anstehenden Europawahlen für ein soziales und gerechteres Europa.